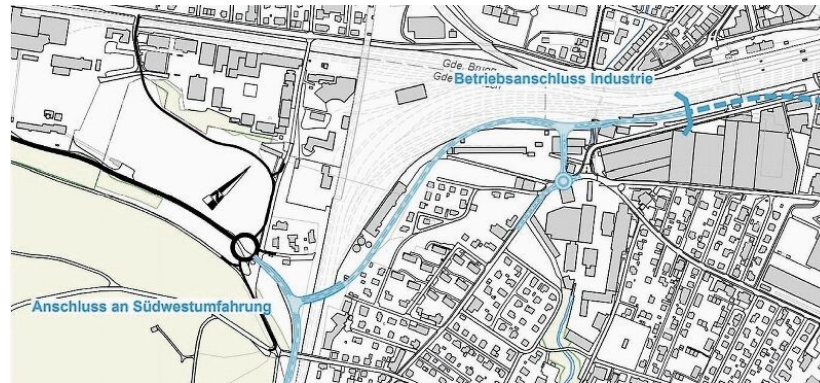


Gemeinderat Windisch spielt Ball den Parteien zu



Die Karte zeigt den Anschluss Südwestumfahrung Brugg und den Betriebsanschluss Industrie. Bild: zvg

Es sei nicht Aufgabe der Exekutive, sich proaktiv in den Entscheidungsprozess des Grossen Rates einzubringen.

Das Regionale Gesamtverkehrskonzept Ostaargau (Oase) mit den möglichen Streckenführungen zur Entlastung der Zentren beschäftigt Politiker. Windischs Einwohnerrat Fredy Bolt nimmt es bei diesem Thema sehr genau und hat Mitte Oktober im Namen der SP-Fraktion erneut einen Vorstoss eingereicht.

An der Januar-Sitzung dieses Jahres habe der Einwohnerrat ein Postulat überwiesen. Dieses fordert eine unterirdische Linienführung der Oase bis zum Anschluss an die Südwestumfahrung sowie den Verzicht auf einen Betriebsanschluss Industrie im Bereich des Kabelwerk-Areals, schreibt Fredy Bolt in seiner Einleitung.

Grosser Rat soll laut SP noch dieses Jahr entscheiden

An der September-Sitzung habe der Einwohnerrat ein Postulat überwiesen, das den Gemeinderat auffordert, sich gegen eine Festsetzung des Brugger Oase-Astes im Richtplan einzusetzen, solange nicht auch der Badener Ast festgelegt wird. Laut Bolt ist das Thema dringend, weil der Grosse Rat noch dieses Jahr über die Richtplaneinträge entscheiden soll. Deshalb will der SPler nun wissen, welche Schritte der Gemeinderat unternommen hat, um eine Untertunnelung des Bahndamms und den Verzicht auf den Betriebsanschluss Industrie einzufordern.

SVP-Gemeindepräsidentin Heidi Ammon verwies in ihrer Antwort auf das grosse städtebauliche Potenzial, das mit der Verkehrsentslastung im Rahmen des Oase-Projekts im Zentrum von Brugg und Windisch entstehe. Sie erwähnte die angelaufene Planung «Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch» (die AZ berichtete). Benötigte Vertiefungsarbeiten sind laut Ammon in Auftrag gegeben worden. In den Budgets 20 und 21 seien die entsprechenden Gelder eingestellt. Der Gemeinderat Windisch habe zudem im Januar 2020 zuhänden des Regierungsrats den Antrag gestellt, dass die Tunnelstrecke so weit wie möglich zu verlängern sei. Der definitive Standort des Tunnelportals werde aber erst nach der Festsetzung und auf Basis der Ergebnisse der Potenzialstudie, des Verkehrskonzepts sowie der angedachten Testplanung bearbeitet und diskutiert. Um diesem Grundsatz gerecht zu werden, sei der Planungsumfang bis zur Habsburgbrücke erweitert worden.

Nächste Sitzung findet im November/Dezember statt

Der Kanton werde die Testphase mit einem Fachingenieur im Bereich Tunnelbau ergänzen. «Aufgabe der Exekutive ist, sich für Lösungen einzubringen, die in der umfassenden, gesamtheitlichen Betrachtungsweise stimmig sind und die Bedürfnisse von weiten Teilen der Bevölkerung abdecken», hielt die Gemeindepräsidentin an der letzten Einwohnerratssitzung im Campussaal fest. In der Behördendelegation habe seit Juni kein Informationsaustausch mehr stattgefunden. Eine nächste Sitzung sei im November/Dezember geplant.

Ammon betonte im Hinblick auf die Festsetzung im kantonalen Richtplan: «Es ist nicht Aufgabe der Exekutive, sich proaktiv in den Entscheidungsprozess des Grossen Rates einzubringen. Diese Aufgabe steht den Parteien zu.» Im aktuellen Verfahren behalte sich die Gemeinde noch alle Türen offen. (cm)